

Minister zahlte Geldauflage

Ermittlungen in der „Affäre Sonntag“ eingestellt

Stuttgart. (lsw) Die Staatsanwaltschaft hat die Akten in der Affäre um Fördermittel für den Kabarettisten Christoph Sonntag endgültig geschlossen. Es sei gleichfalls das Ermittlungsverfahren gegen Sonntag wegen geringer Schuld gegen Zahlung einer Geldauflage von 2500 Euro eingestellt worden, teilte eine Behördensprecherin am Freitag in Stuttgart mit. Es wurde wegen Verdachts der Vorteilsgewährung ermittelt. Hintergrund waren zwei Abendessen des Sozialministers Manne Lucha (Grüne) mit Sonntag, die der Kabarettist bezahlt hatte. Sonntag hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

Bereits am Donnerstag war bekannt geworden, dass die Ermittlungen gegen Lucha eingestellt worden sind. Er zahlte als Geldauflage ebenfalls 2500 Euro an eine wohltätige Organisation. Gegen den Grünen-Politiker wurde wegen des Verdachts der Vorteilsannahme ermittelt.

Die Staatsanwaltschaft prüfte, inwieweit die Abendessen in Verbindung mit der möglichen Verlängerung eines vom Sozialministerium geförderten Demokratieprojektes von Sonntag standen. Das Projekt wurde aber nicht verlängert. Beide Essen liegen zwischen Dezember



Zahlen jeweils eine Geldauflage in Höhe von 2500 Euro: Kabarettist Christoph Sonntag (l.) und Sozialminister Manne Lucha (r.). F.: dpa

2018 und Februar 2019. Sie wurden von Sonntag beglichen. Lucha räumte dies als großen Fehler ein. Die Treffen seien privater Natur gewesen.

Die Oppositionsparteien SPD und FDP werten die Einstellung der Verfahren nicht als Freispruch. Die stellvertretende SPD-Fraktionschefin Sabine Wölfe sagte, die Zahlung der Geldauflage durch Minister Lucha sei ein eindeutiges Schuldeingeständnis. Ähnlich argumentierte der Vize-Chef der FDP-Fraktion, Jochen Haußmann: Der Vorwurf der Vorteilsannahme gegen Lucha sei durch die Entscheidung nicht ausgeräumt, sondern durch die Staatsanwaltschaft bestätigt worden.



Auf dem Weg in den Süden?

Stuttgart. Wenn die Stare sich in den Baumwipfeln sammeln, um in großen Schwärmen in den Süden zu ziehen – dann ist wirklich der Herbst da. Ob auch diese Vögel bald über die Alpen aufbrechen? In den immer wärmeren Wintern sparen nämlich einige Tiere lieber ihre Kräfte – und bleiben im deutschen Südwesten. Foto: Sebastian Gollnow

„Was bringen Sie uns als Ministerpräsidentin?“

Unter dem Motto „Eisenmann will's wissen“ tourt die CDU-Spitzenkandidatin durchs Land – Gute Umfragewerte beflügeln sie

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Heidenheim. Der Heidenheimer Oberbürgermeister Bernhard Ilg (CDU) hat sich schon zu Wort gemeldet, Landrat Peter Polta (parteilos), auch der CDU-Landtagskandidat Magnus Welsch, als Susanne Eisenmann das Publikum ohne hervorgehobenes Partei- oder Kommunalamt noch mal um Fragen bittet. „Es ist hier kein Gespräch mit OB, Landrat und dem Kandidaten“, stellt die CDU-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl klar. Sie wolle wissen, wo den Bürgern der Schuh drücke und so Erkenntnisse gewinnen, „wie wir dieses Land gemeinsam voranbringen“. Die Intervention fruchtet, die Basis meldet sich nun beherzt zu Wort. Die Fragen drehen sich vorrangig um Bildung, die Zukunft der Automobilindustrie, das Leben unter Pandemie-Bedingungen. In ihren Antworten platziert Eisenmann Schlüsselbegriffe: Miteinander, Respekt, Toleranz. Und ein griffiges Bekenntnis zur Schlüsselindustrie: „Für mich kann das Automobil nicht weg.“

Donnerstagabend, Heidenheim, Auftakt der landesweiten Tour der CDU-Spitzenkandidatin, die sie bis zur Landtagswahl am 14. März 2021 in jeden der 70 Wahlkreise führen wird. „Eisenmann will's wissen“ heißt das Format, das Anleihen bei einem Vorbild aus Sachsen

nimmt: „Direkt: Michael Kretschmer im Gespräch in Ihrer Gemeinde“. Das Konzept des sächsischen CDU-Regierungschefs gilt als einer der ausschlaggebenden Faktoren im viel beachteten Schlusspursch im sächsischen Landtagswahlkampf 2019, als Kretschmer die in Umfragen führende AfD mit seiner CDU doch noch deutlich auf Distanz halten konnte.



Wo drückt die Bürger der Schuh? Susanne Eisenmann (r.) am Rande der Veranstaltung in Heidenheim. Foto: CDU-BW

Wie ihr Parteifreund in Dresden setzt deshalb Eisenmann auf das direkte Gespräch. Gut zehn Minuten Einführungsrede der Spitzenkandidatin, dann sollen die Besucher sie mit Fragen löchern. Maske runter, Feuer frei.

Mit dem ganz auf Eisenmann zugeschnittenen Konzept wollen die CDU-Wahlkampfstrategen zwei Erkenntnisse ihrer Analysen der Wahlen von 2011, als

die CDU die Schlüssel der Regierungszentrale dem Grünen Winfried Kretschmann aushändigen musste, und von 2016, als sie auch noch den Nimbus der stärksten Partei im Land verloren hat, umsetzen: Die Bürger wollen nicht belehrt, sondern mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Und: Am Ende kommt es vor allem auf die Frau oder den Mann an der Spitze an. Die Ökopartei hat beide Erkenntnisse längst umgesetzt, erstere 2011 mit dem Versprechen der „Politik des Gehörtwerdens“, zweitere 2016 mit dem Slogan „Grün wählen für Kretschmann“.

Um sich auf den Wahlkampf vorzubereiten, haben Eisenmann und ihr Generalsekretär Manuel Hagel nicht nur die CDU-Fehler der Vergangenheit, sondern auch erfolgreiche Wahlkämpfe analysiert. Sie waren bei Kretschmer in Sachsen, aber auch bei Carsten Meyer-Heder, der 2019 die Bremer CDU erstmals überhaupt als stärkste Kraft aus einer Bürgerschaftswahl führen konnte. Sie haben sich Tipps bei der ÖVP in Wien, aber auch bei den Sozialdemokraten in Dänemark geholt. Eine Folge sind Umschichtungen im Wahlkampfbudget zugunsten digitaler Formate.

Nach zwei enttäuschenden Wahlen in Folge ist die Partei für Veränderungsprozesse bereit. Inwieweit Eisenmann die Interessen der Mitgliedschaft, deren

Struktur älter, ländlicher und männlicher ist als die der Durchschnittsbevölkerung, mit denen der potenziellen Wählerschaft in Einklang bringen kann, muss sich noch weisen. Die jüngste Umfrage dürfte ihr jedenfalls weitere Befreiheit verschaffen: Vergangene Woche veröffentlichte das Institut Insa eine Umfrage, die die CDU im Land bei 31 Prozent, die Grünen bei 28 Prozent sieht. Zum jetzigen Zeitpunkt also scheint das Rennen trotz Kretschmanns Popularität und Eisenmanns Handicap, als Kultusministerin für alle (Corona-)Unbillen der Schulpolitik in Haftung genommen zu werden, offen zu sein.

„Was bringen Sie uns als Ministerpräsidentin?“, will ein Besucher in Heidenheim wissen. Eine große Frage, die Eisenmann nicht mit einem knackigen Zehn-Punkte-Plan beantwortet, sondern mit einem Bild. „Baden-Württemberg kommt mir manchmal vor wie ein gefesselter Riese“, sagt die Spitzenkandidatin. Sie schwärmt von der „Verve“, mit der der frühere CDU-Regierungschef Lothar Späth das Land regiert habe. Den Namen Winfried Kretschmann erwähnt sie an dieser Stelle nicht, aber jedem im Raum ist klar, mit wem sie Verve nicht assoziieren würde. Sie fordert mutigere Investitionen, schnellere Entscheidungen. „Wir müssen“, sagt Eisenmann, „ein bisschen den Staub wegwedeln.“

Land macht Rekordschulden

Einigung auf Nachtragshaushalt – Tilgung darf 25 Jahre dauern

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Am kommenden Dienstag will Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) den Nachtrag für den Doppelhaushalt 2020/21 dem Kabinett vorlegen, eine Woche später soll er bereits in den Landtag eingebracht werden. Fest steht bereits, dass die Schulden des Landes im laufenden Jahr von bislang fünf Milliarden Euro auf dann 13,6 Milliarden Euro steigen werden. Eine Rekordsumme, die den seit der Gründung Baden-Württembergs 1952 bis Ende 2019 auf 45 Milliarden Euro angehäuften Schuldenberg des Landes binnen eines Jahres um rund 30 Prozent in die Höhe schnellen lässt. Die Corona-Krise und die vielfältigen Ausgaben für Hilfsprogramme aller Art fordern ihren Tribut.

Die Kosten der Bekämpfung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden, das steht seit Freitag fest, noch sehr lange Spuren im Haushalt hinterlassen: 2024 will das Land mit der Tilgung der Corona-Schulden beginnen, bis 2049 will man sich damit dann Zeit lassen – und damit deutlich länger als bisher vereinbart. Darauf haben sich die Spitzen der Stuttgarter Koalition am Freitag verständigt, wie die

Chefs der beiden Regierungsfractionen, Andreas Schwarz (Grüne) und Wolfgang Reinhart (CDU), bekanntgaben.

Dazu muss man wissen, dass die Schuldenbremse den Ländern zwar in Ausnahmesituationen die Aufnahme neuer Kredite erlaubt. Sie müssen aber zugleich einen Plan aufstellen, bis wann sie die Summe zurückzahlen. Bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts hatte sich Grün-Schwarz noch zu einer Tilgung binnen zehn Jahren verpflichtet. Diese Vorgabe wollen die Koalitionäre mit dem Nachtrag wieder kippen. Da in der Landeshaushaltsordnung lediglich festgehalten ist, dass die Rückzahlung in einem „angemessenen“ Zeitrahmen erfolgen muss, hat die Regierung einen gewissen Spielraum.

Die Länder handhaben die Feinheiten denn auch recht unterschiedlich. Der Tilgungsplan von Nordrhein-Westfalen sieht etwa eine Zeitspanne von 50 Jahren vor, Sachsen will seine Corona-Schulden, beginnend 2023, dagegen binnen sechs Jahren abstopfen.

Dass Baden-Württembergs Landesregierung die Tilgung nun auf 25 Jahre strecken will, begründet sie mit der deutlich gestiegenen Kreditsumme.

ter Kai Klose (Grüne). Das sei aber wichtig gewesen, um die Gesundheit dieser besonders gefährdeten Gruppe zu schützen.

War der Weindieb ein Kollege?

Nach dem Diebstahl von zehn Tonnen Weintrauben in Lauffen am Neckar (Kreis Heilbronn) vermutet Weinbau-Meister Klaus Moser einen Kollegen hinter der Tat. „Ich war sehr enttäuscht“, sagte Moser im Freitag. Als er in der Nacht zum Mittwoch merkte, dass ein großer Teil seiner Rebstöcke abgerntet war, sei ihm gleich der Verdacht gekommen, dass ein anderer Winzer oder Landwirt dahinter stecken könnte.

Hessen: Keine Auflagen für Heime

Hessen hebt die coronabedingten allgemeinen Besuchsbeschränkungen für Alten- und Pflegeheime auf. Es werde ab Ende September keine verbindlichen Vorgaben des Landes zur Dauer und Anzahl der Besuche mehr geben, teilten Staatskanzlei und Sozialministerium am Freitag mit. Maßgeblich seien nun die jeweiligen Schutzkonzepte der Einrichtungen. „Wir wissen, wie schwer es für die Menschen in Alten- und Behinderteneinrichtungen und ihre Angehörigen ist, dass Besuche nur stark reduziert stattfinden konnten“, erklärten Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Sozialminis-

ANZEIGE

Die Bank für GOLD

Krisensicher
Langfristig wertstabil

Wir bieten Ihnen ab sofort Gold als krisensichere Investitionsform an. Das wertstabile Edelmetall ist hervorragend geeignet, Ihr Vermögen nachhaltig abzusichern – damit Sie auch in schwierigen Zeiten zuversichtlich nach vorne schauen können. Lernen Sie jetzt unser Gold-Angebot kennen! www.heidelberger-volksbank.de/gold



HEIDELBERGER VOLKS BANK
Ihre Bank

NACHRICHTEN